



## Regierungsratsbeschluss vom 12. März 2024

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD; Übernahme und Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/977 über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI des Rates (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung

---

**P231825**

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Polizei (fedpol).

### **Begründung**

Der Regierungsrat begrüsst die Vorlage, da gestützt auf diese der Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und Schengen-assoziierten Staaten gestärkt wird. Er stellt aber fest, dass die Kantone neu einen Mehraufwand zu leisten bzw. die kantonalen Strafverfolgungsbehörden der Einsatz- und Alarmzentrale des Bundesamts für Polizei (fedpol) angeforderte Informationen künftig rund um die Uhr zur Verfügung zu stellen haben.

